

Keine schärferen Sanktionen bei Hartz4-Beziehern unter 25 Jahren

Die AfA-Reinickendorf möge beschließen:
Der AfA-Landesvorstand möge beschließen:
Der Landesparteitag möge beschließen:
Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages und der Bundesregierung werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die derzeitigen verschärften Sanktionen bei den unter 25jährigen im Hartz-4-Bezug ersatzlos gestrichen werden.

Begründung:

In den meisten Fällen sind Sanktionen nicht wirksam für das Ziel, die Betroffenen wieder in Arbeit zu bringen. Im Gegenteil können Sanktionen zu Verweigerungshaltung und einem gestörten Verhältnis zwischen Sachbearbeiter und Leistungsbezieher_in führen. Sanktionen können zudem sogar die Streichung der Kosten der Unterkunft beinhalten, dies führt zu drohender Obdachlosigkeit und trägt ganz sicher nicht dazu bei, Betroffene bei der Arbeitssuche zu fördern. Unter 25jährige härter zu sanktionieren als ältere Betroffene, wie es derzeit der Fall ist, entbehrt jeder Logik und Gerechtigkeit.